

Resolution der Kölner Willkommensinitiativen

Massive Kürzungen von Stadt und Land: Willkommensinitiativen droht das AUS!

Der AK Politik der Kölner Willkommensinitiativen fordert die Stadt Köln sowie die Landesregierung NRW auf, die finanzielle Förderung für die ehrenamtliche Geflüchtetenhilfe nicht zu beenden!

Angesichts des zunehmend rauen Tons in der öffentlichen Debatte zu den Themen Flucht und Migration fordern wir die Landesregierung NRW und die Stadt Köln auf, unsere vielfältige Gesellschaft zu schützen und sich für den Erhalt der Willkommenskultur einzusetzen. Integration gelingt in Köln und auch in ganz NRW nicht zuletzt durch eine engagierte Zivilgesellschaft und die seit fast zehn Jahren sehr aktive Willkommenskultur!

Die ehrenamtlichen Initiativen und Vereine bieten im hohen und bereits an vielen Stellen professionalisierten Maße Leistungen an, welche die städtische Verwaltung entlasten: Ausfüllhilfen, Sozialberatung, Begleitung zu Ämtern und Konsultation von Ärzt*innen, Organisation von Festen und Basaren, Patenschaften, Vermittlung von Anwalt*innen, Hausaufgaben- und Nachhilfe, Sprachkurse, etc. Für diese unentgeltliche und freiwillige Arbeit ist der AK Politik, der Zusammenschluss der Kölner ehrenamtlichen Willkommensinitiativen, 2023 stellvertretend mit dem Ehrenamtspreis in Köln ausgezeichnet worden.

Die KOMM-AN-Mittel des Landes NRW sind unerlässlich, damit die ehrenamtlichen Initiativen ihre Arbeit fortsetzen können. In den aktuellen Haushaltsplanungen der Landesregierung NRW für 2025 sind sie jedoch ersatzlos gestrichen. Für Köln heißt das, dass nicht mehr – wie in den letzten Jahren – 387.500 € an 77, bzw. 87 örtliche Initiativen, Vereine und Migrant*innenselbstorganisationen (MSO) ausgezahlt werden können. Der Wegfall dieser Mittel bedeutet eine massiv eingeschränkte und erschwerte ehrenamtliche Integrationsarbeit von geflüchteten Menschen. Besonders Mieten und Sachmittelkosten können die Ehrenamtlichen nicht selber aufbringen.

Im Bereich der städtischen Mittel ist es ebenso unerlässlich, dass die seit 2017 existierenden „Mindeststandards“ erhalten bleiben. Der Name an sich macht schon deutlich: Dies ist kein Luxus, sondern ein Mindestmaß an Notwendigkeit zu einer erfolgreichen Integration in unserer Stadt. Für die ehrenamtlichen Initiativen bedeutet das den Erhalt der administrativen Unterstützung. Und zugleich wird das Ehrenamt durch hauptamtliche Koordinationsstellen in den Bezirken, durch das stadtwweit agierende Forum für Willkommenskultur sowie den Arbeitskreis muslimische Geflüchtetenhilfe und die Online-Plattform „WiKu Köln“ gestärkt. Diese erfolgreiche Infrastruktur muss erhalten bleiben!

Noch vor wenigen Woche hat unsere Oberbürgermeisterin Frau Reker bei einer Dankeschön-Aktion für Ehrenamtliche in der Geflüchtetenhilfe auf die Unverzichtbarkeit der hier beschriebenen Arbeit aufmerksam gemacht und sich sehr herzlich dafür bedankt. Wie kann es dann sein, dass all dies nur ein paar Wochen später keine Relevanz mehr hat?

Wir fordern daher die Landespolitik sowie unsere Kommunalpolitik und -verwaltung auf, sich umfänglich für den Erhalt dieser Mittel einzusetzen. Nur damit kann die erfolgreiche Integration von zugewanderten Menschen in Köln auch durch ehrenamtliches Engagement fortgesetzt werden!

Die Mittel für KOMM-AN NRW und die Mindeststandards müssen bleiben!

Für die Kölner Willkommensinitiativen:
Marianne Arndt und Klaus Adrian als Sprecher:innen des AK Politik